



Presseschau vom 04.12.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Karin Leukefeld: Die OPCW und die Schwierigkeiten mit der Wahrheit zu Chemiewaffen in Syrien.

<https://sptnkne.ws/A9Fj>

Ilona Pfeffer: Israel-Kritik gleich Antisemitismus? – Neue Sprachregelung an Unis sorgt für Unmut.

<https://sptnkne.ws/A9MJ>

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Teheran hat keine Pläne zum Ausstieg aus Atomdeal**

Teheran hat keine Pläne, aus dem mit dem Westen ausgehandelten Atomabkommen auszusteigen. Das erklärte Irans Vizeaußenminister Abbas Araghchi am Dienstag bei einem Treffen mit Japans Außenamtschef Toshimitsu Motegi in Teheran.

„Unser Ziel ist nicht der Ausstieg aus dem gemeinsamen Aktionsplan. Aber nach einem Jahr Geduld, angesichts der fehlenden Umsetzung von Verpflichtungen durch europäische Teilnehmerstaaten, beschlossen wir, unsere eigenen Verpflichtungen zu reduzieren“, wurde Araghchi vom Informationsportal der iranischen Regierung zitiert.

Dem Minister zufolge wird Teheran seine Verpflichtungen aus dem Atomdeal wieder in vollem Umfang erfüllen, wenn die gegen den Iran verhängten Sanktionen aufgehoben werden und das Land die im Atomabkommen festgeschriebenen Präferenzen wird genießen dürfen.

Die sogenannte Sechsergruppe – die UN-Vetomächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA sowie Deutschland - hatten 2015 einen gemeinsamen Aktionsplan mit dem Iran ausgehandelt. Laut Dokument sollten Sanktionen gegen Teheran als Antwortschritt auf die Reduzierung des iranischen Atomprogramms aufgehoben werden.

Keine drei Jahre darauf kündigte US-Präsident Donald Trump den einseitigen Ausstieg seines Landes aus dem Deal und die Wiederherstellung harter Restriktionen gegen die Islamische Republik an. Daraufhin gab Teheran bekannt, dass es seine Verpflichtungen aus dem Atomabkommen schrittweise abbauen werde.

Am 6. November 2019 nahm Teheran den Betrieb von Zentrifugen zur Urananreicherung im Atomzentrum Fordo wieder auf. Indes sieht das Abkommen vor, dass Uran ausschließlich in Natanz angereichert werden darf.

de.sputniknews.com: **Gemeinsame Marineübungen mit Russland und China: Iran gibt Datum bekannt**

Der Iran wird laut dem Konteradmiral Hossein Khanzadi Ende des Monats gemeinsame Marineübungen mit Russland und China durchführen.

„Die gemeinsamen Übungen des Irans, Chinas und Russlands mit dem Codenamen ‚Marine Security Belt‘ werden am 27. Dezember stattfinden“, sagte der Marinekommandant bei einem Treffen mit dem stellvertretenden chinesischen Generalstabschef Shao Yuanming in Teheran. Die Nachrichtenagentur Fars zitierte ihn am Dienstag.

Zuvor war über die Pläne der drei Staaten berichtet worden, gemeinsame Marineübungen im Indischen Ozean durchzuführen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte im Oktober erklärt, dass Russland, der Iran und China gemeinsame Flottenübungen zur Terroristen- und Piraten-Bekämpfung vorbereiten würden.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Washingtons „Visakrieg“ mit Moskau: Weitere russische Beamte bekommen Einreiseprobleme**

Die US-Behörden haben Russen erneut kein Visum erstellt. Betroffen sind nun Beamte des russischen föderalen Schatzamtes und ein Diplomat, gab Russlands Botschaft in Washington bekannt.

Die Delegation des Schatzamtes sollte demnach noch am Dienstag in der US-Hauptstadt eintreffen und an einer Konferenz des Internationalen Instituts für Audit-Verordnung teilnehmen. Darüber hinaus hinderte Washington den hochrangigen Beamten des russischen Außenministeriums und Chef des Amtes für die Arbeit mit den Landsleuten im Ausland, Oleg Malginow, daran, am 28. und 29. November an einem Jugendforum in New York teilzunehmen.

Das Ministerium warf den Vereinigten Staaten eine systematische Einschränkung der Einreise für russische Offizielle und eine Vereitelung „sehr wichtiger Verhandlungsveranstaltungen“ vor.

„Auf der Webseite der US-Botschaft in Moskau ist immer noch ein Statement zu lesen, das Russland die Schuld für die Anzettelung des ‚Visakrieges‘ zuschiebt. Es hat keine Gründe für solche lügnerischen Angriffe gegeben und es gibt auch keine“, heißt es.

Laut der russischen Behörde „stellen die Amerikaner alles wieder auf den Kopf“.

Schwierigkeiten in Visa-Fragen zwischen den USA und Russland gibt es seit Langem. Im September durften mehrere russische Abgeordnete nicht zur UN-Vollversammlung in die USA reisen. Sie erhielten keine Visa dafür. Später wurden Vertretern einer Delegation keine Visa für die Einreise zur Konferenz zum Kernwaffenteststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT) in New York erteilt.

Die US-Erklärungen, wonach die Situation durch technische Schwierigkeiten verursacht worden sei, bezeichnete die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, als „unhaltbar“.

Von der Visa-Politik Washington waren auch russische Sportler betroffen, beispielweise Fußballspieler des Klubs Spartak Moskau und die Tennisspielerin Swetlana Kusnezowa.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. Dezember wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **US-Sanktionen gegen Nord Stream 2: Darum stellt Klaus Ernst (Linke) EU-Hilfe für Ukraine in Frage**

Da die Ukraine für US-Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 plädiert, könnte das laut dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Klaus Ernst, die EU-Hilfe für das Land in Frage stellen. Dies sagte er gegenüber RIA Novosti und schloss auch Gegenmaßnahmen Deutschlands gegenüber den USA nicht aus.

Die Unterstützung der US-Sanktionen durch die Ukraine sei unannehmbar, sagte Ernst. Das Land, das in großen Mengen politische und finanzielle Unterstützung von der EU erhalten habe und weiter erhalte, aber gleichzeitig extraterritoriale Sanktionen der Vereinigten Staaten befürworte, die Deutschlands Energiepolitik torpedieren würden, stelle diese Hilfe in Frage.

Wie Deutschland seine Energiepolitik gestalte, gehe die Amerikaner nichts an, sagte Ernst weiter. In dieser Hinsicht seien diese angedrohten Sanktionen absolut inakzeptabel. Die Bundesregierung müsse sich dagegen wehren. Ernst schloss nicht aus, dass Deutschland im Falle von US-Sanktionen gegen Nord Stream sowie beim behinderten Pipeline-Betrieb Gegenmaßnahmen ergreifen könnte, wie etwa die Erhöhung der Zölle für amerikanisches Flüssiggas (LNG), das durch Fracking gewonnen worden sei.

Die stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Elena Serkal, hatte gegenüber den USA zuvor gesagt, dass Kiew mit US-Sanktionen sowie mit der Nicht-Betriebsaufnahme von Nord Stream 2 rechne. Man wolle mögliche US-Sanktionen gegen die Pipeline auch als Instrument für Verhandlungen mit Russland über den Gastransit einsetzen.

Der US-Senator Ted Cruz will einen entsprechenden Gesetzentwurf über Sanktionen gegen die beteiligten Unternehmen fordern, die zur weiteren Verzögerung oder sogar zum Stopp des Projektes führen könnten. Andererseits könnte die US-Administration ihre Befugnisse nutzen, die vom CAATSA-Gesetz (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act) vorgesehen sind. Im August wurde Cruz' Projekt zwar vom Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten und vom Unterhaus des Kongresses gebilligt, blieb aber in der nächsten Phase stecken. Sollte Cruz es jetzt mit dem Vorhaben nicht bis zum Jahresende schaffen, würde der Kampf dann rund um die Betriebsaufnahme geführt werden. Im Gegenfall würden das schweizerische Unternehmen Allseas sowie deutsche Unternehmen, die am Bau der Pipeline beteiligt sind, von den Sanktionen betroffen sein. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32606/34/326063489.jpg>

de.sputniknews.com: **Peking zu geplanten US-Sanktionen wegen Uiguren: Washington muss „Fehler korrigieren“**

China hat gegenüber den USA Protest wegen des vom US-Repräsentantenhaus angenommenen Gesetzentwurfs über die uigurische Minderheit erhoben, erklärte die amtliche Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying.

Die Uiguren leben im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang im Nordwesten des Landes. Der Gesetzentwurf betrifft die Menschenrechte der Uiguren und sieht Sanktionen gegen chinesische Beamte vor, die nach Auffassung der US-Behörden die Menschenrechte im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang verletzen. Das Dokument benötigt noch die Zustimmung des Senats des US-Kongresses und die Unterschrift des Präsidenten, um Gesetz zu werden.

„Dieses Dokument bringt vorsätzlich die Situation um die Menschenrechte im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang in Misskredit, beschmutzt die Bemühungen Chinas bei der Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung, stellt eine böswillige Attacke gegen die Verwaltungspolitik der chinesischen Regierung dar und verletzt ernsthaft das Völkerrecht und die Grundsätze der internationalen Beziehungen“, heißt es in einer Erklärung der Außenamtssprecherin auf der Webseite des chinesischen Außenministeriums.

Die Xinjiang-Frage sei keineswegs eine Frage der Menschenrechte, der Nationalität oder der Religion, sondern eine Frage des Kampfes gegen Ausbrüche von Terrorismus und Separatismus, so die Sprecherin.

„Mit einer höchst ernsthaften Situation konfrontiert, haben die regionalen Behörden im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang gesetzesgemäß Maßnahmen zur Bekämpfung der Terroraktivitäten ergriffen und gleichzeitig besondere Aufmerksamkeit auf die Beseitigung ihrer Grundursachen gelenkt und unter anderem auf eine Deradikalisierung hingearbeitet, sich stets um eine wirtschaftliche Entwicklung bemüht sowie zur Festigung der nationalen Solidarität und zur Herstellung einer Harmonie in der Gesellschaft beigetragen“, so die Erklärung.

Hua Chunying betonte, die genannten Maßnahmen seien von 25 Millionen Angehörigen verschiedener ethnischen Gruppen in Xinjiang unterstützt worden. In den letzten drei Jahren habe es keinen Terroranschlag in dem autonomen Gebiet gegeben. „Seit Ende 2018 haben mehr als 1000 Diplomaten, Journalisten, Mitglieder religiöser Organisationen und Vertreter internationaler Organisationen, Experten und Wissenschaftler aus 70 Ländern Xinjiang besucht und zum Großteil die Arbeit zur Deradikalisierung und zur Terrorbekämpfung gebilligt“, so die Sprecherin.

Das geplante Gesetz könnte – wie auch das zuvor verabschiedete und in Kraft getretene

Gesetz „Über den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie in Hongkong“ – die Differenzen zwischen den USA und China verschärfen und sich auf die Handelsgespräche zwischen den beiden Ländern auswirken.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32167/75/321677558.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 3. Dezember 3:00 Uhr bis 4. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Spartak, Alexandrowka, Staromichajlowka, Belaja Kamenka, Nowolaspa.** Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 27.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 16.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Kreml: Haben keine Angaben zum Mord an georgischem Bürger in Berlin

Der Kreml hat keine Informationen über die Ermordung eines georgischen Bürgers in Berlin, die Ende August begangen wurde. Dies sagte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow am Mittwoch gegenüber Reportern.

„Wir haben absolut keine Informationen zu diesem Vorfall. Ich habe nichts hinzuzufügen. Die Untersuchung wird in Deutschland durchgeführt, und ich habe nichts zu sagen – wir haben keine Informationen“, beantwortete Kreml-Sprecher Dmitri Peskow eine Frage von Journalisten.

Ihm zufolge haben die deutschen Behörden keinen ernsthaften Verdacht auf eine mögliche Verwicklung Russlands in die Ermordung des Georgiers.

„Die deutschen Medien berichten ausgiebig von diesem Thema, aber das bedeutet nicht, dass

dies der Fall ist“, sagte Peskow.

Zuvor war bekanntgeworden, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen zu dem Mord an dem Georgier an sich ziehen wolle. Die Ermittler verdächtigten staatliche russische Organe als Auftraggeber, berichtete „Spiegel Online“ am Dienstag. Der in Untersuchungshaft sitzende Verdächtige habe als mutmaßlicher Mörder eines russischen Geschäftsmanns im Jahr 2013 identifiziert werden können.

Die deutsche Regierung könnte nach Angaben der Zeitung „The Wall Street Journal“ diplomatische oder andere Sanktionen gegen Russland verhängen, falls man überzeugende Beweise für die Verwicklung Russlands in den Mord findet. Dies könnte auch die enge Partnerschaft zwischen Moskau und Berlin im Energiebereich gefährden.

Die Ermittler sollen sich über die Identität des Verdächtigen geeinigt haben, der mit Russland „in Verbindung gebracht“ werden könne. Der Zeitung zufolge wird der Fall an die Bundesanwaltschaft weitergeleitet, die sich mit Fällen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit beschäftigt.

Am 23. August 2019 war ein Mann in Moabit auf offener Straße ermordet worden. Der Täter soll dem Opfer mit einem Fahrrad gefolgt sein und ihm dann in den Rücken und in den Kopf geschossen haben. Daraufhin entsorgte er die Pistole und Kleidung in der Spree.

Bei dem Opfer handelt es sich um den 40-jährigen Zelimkhan Khangoshvili, einen ethnischen Tschetschenen aus Georgien. Der Getötete soll nach verschiedenen Berichten Anfang der 2000er Jahre auf der Seite muslimischer Tschetschenen gegen Russland gekämpft haben. Das schreibt auch die georgische Menschenrechtsorganisation „Human Rights Education and Monitoring Center“ (EMC).

Auf Khangoshvili soll im Mai 2015 in der georgischen Hauptstadt Tiflis ein Mordanschlag verübt worden sein. Er sei verletzt worden, habe aber überlebt und mit seiner Familie aus Georgien flüchten müssen.

In Deutschland lebte der Mann laut dem „Focus“ seit 2016. Er habe einen Asylantrag gestellt. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen nutzte er zwei verschiedene Namen. Die Berliner Polizei habe ihn einige Zeit lang als „islamistischen Gefährder“ geführt.

„Der Spiegel“ hatte zuvor einen Artikel über die „russische Spur“ im Fall des getöteten Tschetschenen veröffentlicht. Der russische Militärgeheimdienst sei „womöglich“ in den Fall verwickelt. Der Kreml bestreitet jedoch jegliche Verbindung zu dem Mord.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32606/39/326063992.jpg>

de.sputniknews.com: **Heftiger Brand in Berufsschule in Odessa – Gefahr von Einsturz der Zwischendecken**

In der ukrainischen Stadt Odessa ist es am Mittwoch zu einem heftigen Brand in einer Berufsschule gekommen.

Das Feuer war in der Berufsschule für Wirtschaft, Recht und Hotel-Restaurant-Business in

Odessa ausgebrochen. Laut ukrainischen Behörden liegt die Brandfläche bei etwa 2000 Quadratmetern.

Das Feuer entstand um 10:12 Uhr (Ortszeit) im dritten Stock des sechsstöckigen Gebäudes. Lokale Medien berichten, dass mindestens zwölf Menschen verletzt worden seien. Es gebe ein Todesopfer. Vor Ort befinden sich demnach viele Rettungswagen. Neun Personen sollen bereits in ein Krankenhaus eingeliefert worden sein. Mehr als 40 Menschen seien aus dem Gebäude evakuiert worden.

Am Brandlöschen beteiligen sich 65 Feuerwehrleute und 16 Fahrzeuge. Das Feuer verbreitet sich schnell, aus diesem Grund warnen die Behörden vor der Gefahr des Einsturzes der Zwischendecken.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/Eft3oCBMeTE" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Eft3oCBMeTE>

nachmittags:

de.sputniknews.com: „Deutschland, das reichste Land...“: US-Botschafter Grenell legt bei Zwei-Prozent-Ziel für Nato nach

In einem FAZ-Gastbeitrag bemängelt der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, dass die Regierung Angela Merks der Nato bisher keinen „glaubwürdigen Plan“ zum Zwei-Prozent-Ziel vorgelegt hat. Wegen seiner direkten Forderungen an Berlin stand Trumps Gesandter zuvor oft im Kreuzfeuer der Kritik.

2014 hätten sich alle Nato-Mitgliedstaaten auf das Zwei-Prozent-Ziel im Verhältnis zum BIP geeinigt, erinnerte Grenell. Jedes Land soll außerdem zugesagt haben, der Nato einen „glaubwürdigen Plan“ dafür vorzulegen. Fünf Jahre nach dieser Zusage hätten lediglich neun der 29 Mitglieder diese Zwei-Prozent-Verpflichtung erfüllt.

„Deutschland, das reichste Land in Europa, wird seine Verteidigungsausgaben nächstes Jahr von 1,38 auf 1,42 Prozent des BIP steigern, aber den aktuellen Haushaltszahlen zufolge werden sie bis 2023 auf 1,25 Prozent sinken“, bedauert Grenell in dem Beitrag.

Bundeskanzlerin Merkel habe zwei Prozent bis 2031 als „realistisch, aber ehrgeizig“ bezeichnet. Bisher habe ihre Regierung der Nato den glaubwürdigen Plan, den sie 2014 versprochen hat, nicht vorgelegt, meint der US-Botschafter.

Generell betonte, dass die Vereinigten Staaten begrüßen, dass ihre deutschen Partner „das erfolgreichste Bündnis“ aller Zeiten, das Bundeskanzlerin Merkel als „unverzichtbar“ und als „zentralen Pfeiler unserer Verteidigung“ bezeichnet habe, öffentlich verteidigen. „Die Vereinigten Staaten stimmen dem voll und ganz zu“, schrieb Grenell.

„Wir können den amerikanischen Wählerinnen und Wählern einfach kaum noch vermitteln, warum sie ein Land oder eine Gruppe von Ländern verteidigen sollen, die mehr Gas von ihrem bedrohlichsten Nachbarn kaufen, sich aber weigern, den „zentralen Pfeiler Verteidigung“ ausreichend zu finanzieren“, so Grenell.

Vorher hatte Grenell der Bundesregierung angesichts des Ausbaus des 5G-Mobilfunks Beleidigung der USA vorgeworfen. Dessen ältere Forderungen an Berlin bezüglich der Iran-Politik, des Verteidigungsetats sowie der Pipeline Nord Stream 2 hatte Ex-SPD-Chef Martin Schulz einmal dahingehend kommentiert, Grenell verhalte sich nicht wie ein Diplomat, sondern „wie ein rechtsextremer Kolonialoffizier“. Die Bundesregierung hat sich mit Kritik an Grenell eher zurückgehalten.

Nach Angaben des Nordatlantik-Bündnisses belaufen sich die Verteidigungsausgaben Deutschlands 2019 auf rund 47 Milliarden Euro, was 1,35 Prozent des nationalen BIP entsprechen soll. 2014 beliefen sie sich noch auf nur 35 Milliarden Euro (1,18 Prozent). Die Bundesregierung beabsichtigt bereits, die Militärausgaben bis 2024 auf 1,5 Prozent des BIP

zu erhöhen. Für 2020 waren bereits Ausgaben in Höhe von rund 50,25 Milliarden Euro gemeldet worden. Am Dienstag und Mittwoch berieten die Nato-Mitgliedstaaten in London über die Zukunft des Bündnisses.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32606/41/326064190.jpg>

ukrinform.de: **Drei Parteien geben gemeinsame Erklärung zu Normandie-Gipfel ab**

Die parlamentarischen Parteien „Europäische Solidarität“, „Batkiwschtschyna“ und „Golos“ haben in einer gemeinsamen Erklärung vor der Verletzung nationaler Interessen der Ukraine bei einem Gipfeltreffen im Normandie-Format gewarnt.

Die Erklärung wurde von Petro Poroschenko, Julia Tymoschenko und Swjatoslaw Wakartschuk unterzeichnet und am Dienstag im Parlament verkündet. In der Erklärung heißt es, aufgrund der bestehenden Risiken für die nationalen Interessen der Ukraine sollten beim Gipfeltreffen „prinzipielle Positionen und Rote Linien“ eingehalten werden.

Der Fraktionsvorsitzende von „Golos“ Serhji Rachmanin nannte diese rote Linien. „Also, keine Kompromisse in puncto unitärer Staat, keine Föderalisierung, keine Kompromisse in puncto europäischem und euro- atlantischem Kurs, keine politische Handlungen, insbesondere die Wahlen in den vorübergehend besetzten Gebieten des Donbass, bis zur Realisierung der Voraussetzungen für die Sicherheit und Deokkupation, d.h, dem Abzug der russischen Truppen, der Entwaffnung der illegalen Militärformationen, der Kontrolle über die Staatsgrenze. Keine Kompromisse in puncto Deokkupation und Rückgabe der Krim an die Ukraine, kein Verzicht auf Prozesse gegen Russland vor internationalen Gerichten.“

Nach Worten des Fraktionsmitglieds von „Batkiwschtschyna“ Iwan Krulko fordern die drei Parteien auf, das Prinzip „Sicherheit first“ zu gewährleisten. Die drei Parteien koordinieren ihre Aktivitäten, um die Rote Linien einzuhalten und rufen die anderen Parteien und Organisationen auf, sich dem Kampf für den Schutz der Ukraine anzuschließen, sagte er.

de.sputniknews.com: **Nach Mord im Kleinen Tiergarten: Bundesregierung weist russische Botschaftsmitarbeiter aus**

Der Generalbundesanwalt hat die Ermittlungen zu dem mutmaßlichen Auftragsmord an einem Georgier in Berlin übernommen. Die Behörde teilte am Mittwoch in Karlsruhe mit, dass sie den Anfangsverdacht verfolge, dass staatliche Stellen in Russland oder der autonomen Republik Tschetschenien dahinterstecken sollen.

Russische Behörden stehen also im Verdacht, den Mord an einen Georgier in Berlin in Auftrag gegeben zu haben. Wie das Auswärtige Amt mittlerweile bestätigte, hat die Bundesregierung als Reaktion auf den Mord zwei russische Botschaftsmitarbeiter des Landes verwiesen.

In einem SPIEGEL-Bericht heißt es zudem, dass es sich hierbei um „zwei russische Geheimdienstmitarbeiter“ handele.

Desweiteren habe das Auswärtige Amt am Mittwochmorgen den russischen Botschafter Sergej J. Netschajew formal in Berlin einbestellt und ihm eine entsprechende Verbalnote übergeben.

Mit dieser hätte man die beiden Geheimdienstler zur „persona non grata“ erklärt, sodass sie Deutschland innerhalb von sieben Tagen verlassen müssten.

Das Auswärtige Amt begründet den ungewöhnlich scharfen Schritt mit einer angeblich „fehlenden Kooperation Russlands“ bei den Ermittlungen in dem Mordfall an.

Zudem will man „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür“ gefunden haben, dass der russische Staat oder tschetschenische Behörden hinter der Tat stecken.

In der Verbalnote werde Russland zudem „energisch aufgefordert“, mit der Generalbundesanwaltschaft zu kooperieren, um den Fall aufzuklären.

„Eine ernsthafte und unverzügliche Mitwirkung der russischen Behörden bleibt aus Sicht der Bundesregierung weiterhin geboten“, so die Mitteilung des AA.

Die beiden Geheimdienstler sollen dabei als Diplomaten bei der Botschaft akkreditiert sein.

Das russische Außenministerium betonte in einer ersten Reaktion, dass die Erklärung der Botschaftsmitarbeiter zu „persona non grata“ unzulässig sei:

„Wir betrachten die Erklärungen der deutschen Seite zur Ausweisung von zwei Angestellten der russischen Botschaft in Berlin als unbegründet und unfreundlich. Ein politisierter Ansatz zu Ermittlungsfragen ist inakzeptabel. Wir sind gezwungen, eine Reihe von Reaktionsmaßnahmen umzusetzen.“ ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32606/45/326064536.jpg>

de.sputniknews.com: **Für eigene Präsenz im Nato-Hauptquartier: Ukraine will Beitrag entrichten**

Die Ukraine wird laut dem Abgeordneten der Werchowna Rada von der Partei „Europäische Solidarität“, Alexej Gontscharenko, eine freiwillige Einzahlung an die Nato leisten, um eine Räumlichkeit im Nato-Hauptsitz zu bekommen.

„Die Ukraine wird eine freiwillige Einzahlung an die Nato in Höhe von 850.000 Euro leisten, was es ihr ermöglichen wird, eine Räumlichkeit im Nato-Hauptquartier zu bekommen“, schrieb Gontscharenko auf seinem Telegram-Account.

Das Hauptquartier der Nordatlantikallianz befindet sich in Brüssel.

Der Kurs auf die EU-Integration ist ein Grundsatz der ukrainischen Außenpolitik. Das Parlament des Landes hatte im Februar auf Vorschlag des damaligen Präsidenten Petro Poroschenko Änderungen zur Verfassung angenommen, die den Kurs des Landes auf eine Mitgliedschaft in der EU und der Nato verankern. Der Nato-Ex-Generalsekretär, Anders Fogh Rasmussen, hatte zuvor erklärt, dass es für die Ukraine - um der Allianz beizutreten - erforderlich sein werde, einer Reihe von Kriterien gerecht zu werden, was eine Menge Zeit in Anspruch nehmen werde. Experten vermuten, dass Kiew in den nächsten 20 Jahren nicht die

Nato-Mitgliedschaft beanspruchen werden könne.

lug-info.com: **Ukrainische Spezialdienste haben eine Fake-Seite zur Sammlung von Personaldaten von Einwohnern der Republik eingerichtet.** Dies teilte das Kommunikationsministerium der LVR mit.

„Sehr geehrte Bürger, das Kommunikationsministerium warnt, dass Spezialdienste der Ukraine im Internet eine Fake-Seite social-carta.ru eingerichtet haben, um die Lage in der Republik zu destabilisieren, Personaldaten zu sammeln und eine Informationsdatenbank von Einwohnern der LVR zu schaffen“, heißt es in der Mitteilung.

„Auf dieser Seite wird angeboten, einen Fragebogen zum Erhalt einer „Einwohnerkarte LVR/DVR“ auszufüllen. Tatsächlich wurde gar keine Entscheidung über eine Ausgabe solcher Karten getroffen, alle auf dieser Seite veröffentlichten Informationen sind betrügerisch“, heißt es weiter.

Die Behörde ruft die Einwohner auf, keine persönlichen Daten in diese Ressource einzugeben.

„Diese Fake-Seite hat nichts mit den Staatsorganen der LVR zu tun“, unterstrich das Ministerium.

Eine entsprechende Warnung gibt es von Seiten des Pressdienstes des Volkssowjets der DVR (Anm. d. Übers.).

de.sputniknews.com: **„Wir dürfen nicht naiv sein“: Maas plädiert für Härte im Umgang mit Huawei**

In der Debatte um eine Beteiligung des chinesischen Telekomausrüsters Huawei beim 5G-Ausbau in Deutschland hat der deutsche Außenminister Heiko Maas sich gegenüber der Zeitung „Die Zeit“ für eine harte Linie ausgesprochen.

Mit 5G wird dem Minister zufolge eine komplett neue Stufe der Digitalisierung erreicht. Die derzeitigen Sicherheitsbestimmungen reichten nicht aus, um eine mögliche Einflussnahme abzuwehren. So würden die Medizintechnik, das autonome Fahren oder die Vernetzung in der industriellen Produktion über 5G organisiert.

„Wer die Hardware und die Software zur Verfügung stellt, kann also großen Schaden anrichten. Wir dürfen nicht naiv sein. Es geht nicht nur um Spionage, sondern potenziell auch um Sabotage“, zitiert die DPA aus dem am Mittwoch veröffentlichten Interview.

„Politische Vertrauensprüfung“ notwendig

Der Minister betonte, dass die Sicherheit von Deutschlands digitaler Infrastruktur im Zentrum stehen müsse. Es werde an einem neuen Katalog mit technischen Sicherheitsanforderungen gearbeitet.

„Ich bin aber der Meinung, dass es zwingend notwendig auch eine politische Vertrauensprüfung geben muss.“

Dazu sei eine Gesetzänderung notwendig, ein entsprechender Entwurf solle in den kommenden Wochen auf den Weg gebracht werden. Wenn die Prüfung zu dem Ergebnis komme, dass deutsche Sicherheitsinteressen verletzt werden, müsse dem betreffenden Unternehmen eine Beteiligung an kritischen Kernkomponenten von vornherein verweigert werden.

Konflikt mit Huawei

In den westlichen Ländern wird auch vor dem Hintergrund des Handelskrieges der USA gegen China kontrovers diskutiert, ob insbesondere der chinesische Konzern Huawei beim Aufbau des 5G-Netzes nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollte. Vertreter der USA, aber auch etliche Politiker in Deutschland und in anderen westlichen Ländern, sehen die Gefahr, dass Huawei aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen in seinem Heimatland gezwungen sein könnte, Informationen und Daten, die eigentlich geschützt werden sollen, dem Heimatland zur Verfügung zu stellen. Huawei weist diese Bedenken als unbegründet

zurück.

Vor einigen Wochen schlug eine größere Gruppe von CDU-Abgeordneten vor, den Konzern aus dem deutschen 5G-Programm auszuschließen.

Fortschritt bei 5G

China ist beim Aufbau seines eigenen 5G-Netzes deutlich weiter als Deutschland. Wie Staatsmedien berichteten, hat Anfang November der 5G-Betrieb in 50 Städten zumindest teilweise begonnen. In den chinesischen 5G-Netzen wird auch Ausrüstung von der schwedischen Firma Ericsson eingesetzt.

In der Diskussion um einen Huawei-Bann tauchte immer wieder das Argument auf, 5G-Netze in Europa könnten eigentlich nur mit Hilfe der Chinesen aufgebaut werden, weil die europäischen Huawei-Konkurrenten Nokia und Ericsson gar nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügten. Außerdem könnten die Europäer nicht technologisch mit Huawei mithalten.

Ericsson-Manager Fredrik Jejdling widersprach am Montag den Befürchtungen. Das Unternehmen sehe sich in der Lage, Europa mit genügend 5G-Funkeinheiten zu versorgen, um die Netze für die fünfte Mobilfunkgeneration aufzubauen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32601/03/326010397.jpg>

de.sputniknews.com: Mehr Ausgaben für die Nato: Kreml-Sprecher kommentiert Allianz-Politik gegenüber Russland

Die Nato betreibt eine Politik der Eindämmung und Expansion gegenüber Russland, wie der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch erklärte.

Zuvor hatte der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, dass sich die Summe der Mehrausgaben der europäischen Nato-Staaten und Kanadas von Anfang 2016 bis Ende 2020 auf 130 Milliarden US-Dollar (118 Milliarden Euro) belaufen wird. Bis Ende 2024 sollen es etwa 400 Milliarden Dollar sein.

Kreml-Sprecher kommentiert

Trotz ziemlich pragmatischer Erklärungen über die Notwendigkeit des Aufbaus der Beziehungen zu Russland, über die Notwendigkeit, endlich zu erörtern, was eigentlich eine Bedrohung für die Nato sei und woher sie stamme, „sehen wir natürlich, dass sich die Nato überwiegend mit einer Eindämmungs- und Expansionstätigkeit gegenüber unserem Land beschäftigt“.

Er betonte dabei, dass das Besorgnis verursache. „Solche Erklärungen und Entscheidungen über die Erhöhung des Haushalts bestätigen das nochmals“, kommentierte Peskow die Nato-Entscheidung über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Kein Wettrüsten

Der Kreml-Sprecher verwies unter anderem auf frühere Aussagen des russischen Präsidenten

Wladimir Putin:

„Russland wird sich nicht in ein Wettüben und einen Wettlauf für die Kostenerhöhung verwickeln lassen, die so schädlich für die Wirtschaft sind.“

Dazu sagte er: „Unsere Sicherheit und Parität in Bezug auf die strategische Stabilität sind für eine ganze Reihe von Jahren weitgehend gesichert; Russland wird eben diesen Weg weiter gehen.“

ukrinform.ua: Selenskij wird beim „Normandie-Treffen“ das Thema Grenzkontrolle ansprechen

Präsident Wladimir Selenskij plant, während des Treffens im Normandie-Format Fragen über Format und Termine für die Übergabe der Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze an die Ukraine anzuschneiden.

Das erklärte er auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten des Königreichs Schweden, Stefan Löfven, in Kiew, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Ich bin sicher, dass wir Fragen über Format und Termine für die Übergabe der Grenze, der ukrainischen Grenze, unter die ukrainische Kontrolle aufwerfen werden“, sagte Selenskij

de.sputniknews.com: **Russischer Botschafter in Deutschland: „Tief enttäuscht“ von unfreundlichem Schritt Berlins**

Der Botschafter Russlands in Deutschland, Sergei Netschajew, hat am Mittwoch die Ausweisung russischer Diplomaten in Zusammenhang mit dem Mordfall in Berlin-Moabit verurteilt.

Netschajew zeigte sich „tief enttäuscht“ von dem Ansatz der deutschen Seite, deren Schritt er als unbegründet und unfreundlich erachte.

„Es hat nie Beweise für eine Verwicklung russischer Staatsstrukturen in den Fall gegeben. Es handelt sich um eine unmotiviert Politisierung einer Tat, deren Ermittlung ist längst nicht abgeschlossen“, hieß es in einer offiziellen Erklärung des Diplomaten.

Darüber hinaus gehe es um einen „offensichtlichen Versuch“, die Ergebnisse der Ermittlungen „vorwegzunehmen“.

Dem fügte Netschajew hinzu, dass das Vorgehen Berlins negative Auswirkungen auf die russisch-deutschen Beziehungen haben und Konsequenzen nach sich ziehen würde. Somit bekräftigte er die frühere Aussage des russischen Außenministeriums, das Gegenmaßnahmen als Reaktion auf die Ausweisung versprach.

Als offizieller Grund für die Ausweisung nannte Berlin früher am Mittwoch fehlende Kooperation Russlands bei den Ermittlungen zum Mordfall. ...

armiyadnr.su: Gemeinsame Pressekonferenz der offiziellen Vertreter der Volksmiliz der DVR und des Staatssicherheitsministeriums der DVR am 4. Dezember 2019

Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen bewaffneten Formationen, die vom Kommando des Stabs der OOS nicht kontrolliert werden, unterlassen die Versuche nicht, die Lage in der Nähe der Kontaktlinie zu destabilisieren. Da ihnen bewusst ist, dass provokativer Beschuss sowohl unserer als auch eigener Positionen nicht das erwartete Ergebnis bringt, hat der Gegner die Tätigkeit von Erkundungs- und Diversionsgruppen aktiviert, zu denen auch professionelle Kräfte aus dem SBU gehören. Der Tod von zwei ukrainischen Stabsoffizieren aus der Spezialeinheit „Alpha“ ist dafür ein deutliches Beispiel.

Nach Angaben unserer Aufklärung hatte eine Diversions- und Erkundungsgruppe des Gegners die Aufgabe, eine bewaffnete Diversion zu begehen und so die Volksmiliz der DVR zu erwidern Handlungen zu provozieren, die eine weitere Eskalation der Gefechte hätten hervorrufen müssen, die in groß angelegte Kampfhandlungen hätten übergehen können, was

seinerseits ein Anlass gewesen wäre, die DVR der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

Die Gruppe, zu der die Stabsoffiziere des SBU Kaplunow und Wolotschajew gehörten, sollte von unserem Territorium aus einen Beschuss vornehmen, bei dem ein Vertreter des Verteidigungsministeriums der Ukraine vernichtet werden sollte, der im Rahmen einer Inspektionskommission zur Überprüfung der Einheiten der 128. Gebirgstruppe in Frontbereich vom 30. November bis 3. Dezember eingetroffen war.

Bei den Aufklärungs- und Suchmaßnahmen am Ort der Vernichtung der Diversions- und Erkundungsgruppe wurden die Leiche Kaplunows, Spezialausrüstung und Waffen entdeckt, außerdem wurden Orte entdeckt, an denen selbstgebaute Sprengvorrichtungen installiert worden waren. Die selbstgebaute Sprengvorrichtungen wurden von unseren technischen Kräften vor Ort durch Detonation vernichtet. Elemente der Einrichtungen wurden zu einer sorgfältigen Expertise sichergestellt.

Der Tod von Soldaten eines so hohen Ranges zeugt davon, dass die geplante Diversion sorgfältig geplant und organisiert war. Die geplante Provokation sollte eine breite gesellschaftliche Resonanz auf internationaler Ebene hervorrufen, wobei die Führung der Volksrepublik der Verhandlungsunfähigkeit, der Verletzung der Minsker Vereinbarungen und im Ergebnis der Sabotage des Treffens im „Normandie-Format“ am 9. Dezember beschuldigt werden sollte.

Seinerseits zeugt das Eingeständnis dieser Verluste durch den Stab der OOS davon, dass die Diversions- und Erkundungsgruppe auf direkte Anweisung des ukrainischen Kommandos handelte. Außerdem verweist die postume Auszeichnung der Kämpfer des SBU als Helden der Ukraine direkt darauf, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine über die Handlungen der militärischen Strukturen zur Eskalation der Spannung im Donbass informiert ist und diese billigt.

In diesem Zusammenhang will ich Frage aufwerfen, warum, während das offizielle Kiew so seine „Helden“ ehrt, bei uns keine einzige Anfrage eingegangen ist, die Leiche des toten Offiziers zu übergeben. Die Antwort ist einfach: Die Führung der Ukraine kann sich nur in Worten mit „Selbst-PR“ befassen und der Schmerz der Verwandten und Freunde der toten Soldaten interessiert sie in keiner Weise.

Erklärung des offiziellen Vertreters des Staatssicherheitsministeriums der DVR

Am 30. November 2019 starben zwei Mitarbeiter des SBU, Oberst Wolotschajew und Oberst Kaplunow. Das MfS der DVR verfügt über Informationen, dass der Plan für die Provokation im Sommer 2019 ausgearbeitet wurde. Initiator des verbrecherischen Plans war der Generalleutnant des Zentrums für Spezialoperationen des SBU Alexandr Ustimenko, der zur Abstimmung der Operation nach Großbritannien reiste.

Ziel der bewaffneten Diversion war es, ein bewaffnetes Gefecht zu provozieren und die DVR des Bruchs des Waffenstillstands im Vorfeld des Normandie-Treffens, das für den 9.

Dezember geplant ist, zu beschuldigen. In diesem Zusammenhang hat Alexandr Ustimenko zwei Vertrauenspersonen gewählt – Oberst Wolotschajew und Oberst Kaplunow. Insgesamt bestand die Diversionsgruppe aus vier Personen. Es muss angemerkt werden, dass Alexandr Ustimenko eine dienstliche Beförderung Wolotschajews – eine Ernennung zum stellvertretenden Leiter der 6. Hauptabteilung des Zentrums für Spezialoperationen des SBU – versprach.

Beim Eindringen der Diversionsgruppe auf das Territorium der DVR wurde die Tätigkeit der Diversions- und Erkundungsgruppe von der Volksmiliz bemerkt. Beim Abzug geriet Oberst Kaplunow auf eine Mine und starb vor Ort, Oberst Wolotschajew unternahm einen Versuch, die Leiche zu bergen und geriet auch auf eine Mine. Die Leiche von Oberst Wolotschajew wurde von der ukrainischen Seite geborgen, die Leiche Kaplunows von Soldaten der Volksmiliz der DVR.

Nach Informationen des MfS der DVR fand die Planung der Operation hinter dem Rücken

von I. Bakanow und W. Selenskij statt. In diesem Zusammenhang bitten wir den Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij, für General Ustimenko eine besondere Videoansprache aufzuzeichnen und ihn in dieser aufzurufen, von der Sabotage des Waffenstillstands im Vorfeld des Normannischen Treffens Abstand zu nehmen.

Zum Abschluss unserer Konferenz will ich mich an die Mitarbeiter des SBU und die Soldaten der ukrainischen Armee wenden, die verbrecherischen Befehle ihrer Führung nicht auszuführen. Wir sind bereit, die Leiche des toten Offiziers des SBU seinen Verwandten zu übergeben, damit sie sich würdig von ihm verabschieden können.

de.sputniknews.com: **Nach „Kraft Sibiriens“: Zweite Gaspipeline nach China soll durch die Mongolei verlegt werden**

Das russische Energieministerium und der Gaskonzern Gazprom werden im Auftrag der russischen Führung eine Arbeitsgruppe bilden, die eine Machbarkeitsstudie für eine neue Gasleitung erstellt, verkündete Alexej Gordejew, der russische Vizeregierungschef. Die Pipeline würde russisches Gas durch die Mongolei nach China transportieren.

„Es wurde gesagt, dass jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die eine TEO - technisch-wirtschaftlichen Begründung - erstellen wird. Eines der Hauptkriterien bleibt die wirtschaftliche Rentabilität dieses Projekts. Die russische Seite - auf der Ebene des russischen Präsidenten - beabsichtigt jedoch, dieses Projekt ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die entsprechenden Anweisungen wurden dem Energieministerium und Gazprom erteilt“, sagte Gordejew gegenüber Journalisten am Rande des Wirtschaftsforums „Russland-Mongolei. Geschäfte im EAWU (Eurasische Wirtschaftsunion)-Binnenmarkt“.

Die Arbeitsgruppe zeigt Perspektiven auf

Zuvor hatte der russische Energieminister Alexander Nowak erklärt, dass Russland und die Mongolei bald eine Arbeitsgruppe bilden würden, um die Perspektiven für den Bau einer Gaspipeline durch die Mongolei nach China zu analysieren und ihre Parameter zu bestimmen. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am 9. September bei einem Treffen mit dem Gazpromchef Alexej Miller diesen beauftragt, eine Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die Ressourcen der sibirischen Regionen Irkutsk, Krasnojarsk und der Jamal-Halbinsel für die Lieferung von Gas auf die Westroute nach China über die Mongolei zu nutzen.

Witali Markelow, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Gazprom, sagte später, dass Gazprom im Zeitraum zwischen 2020 und 2021 die geologischen Erkundungsarbeiten intensivieren und seine Ressourcenbasis in den Gasproduktionszentren in den Regionen Irkutsk und Krasnojarsk aktualisieren werde.

Projekt „Kraft Sibiriens“

Am Montag war berichtet worden, dass die Ferngasleitung „Power of Siberia“ (dt. Kraft Sibiriens) in Betrieb genommen worden sei. Dieses Megaprojekt zwischen Russland und China soll in den nächsten 30 Jahren nicht nur 38 Milliarden Kubikmeter russisches Gas pro Jahr an den asiatischen Industrieriesen liefern, sondern auch die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Peking stärken.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32605/75/326057512.jpg>

ukrinform.ua: **Schweden unterstützt die Verlängerung von Russland-Sanktionen - Ministerpräsident Löfven**

Schweden schätzt die enormen Bemühungen der Ukraine um die Beilegung des Konflikts in der Ostukraine sehr hoch ein. Das erklärte Ministerpräsident des Landes Stefan Löfven während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij in Kiew am Mittwoch.

„Die Ukraine zeigte die Bereitschaft zum Kompromiss und jetzt ist Russland an der Reihe, die Verantwortung zu übernehmen“, sagte Löfven weiter. Ihm zufolge sei ein Gipfeltreffen im Normandie-Format der beste Weg zur Erreichung des gewünschten Ergebnisses. Er hoffe, dass der bewaffnete Konflikt im Donbass nach dem Gipfeltreffen „schwächer“ werde. Auf die Frage, ob Schweden nächste Woche im EU-Rat eine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland unterstützen wird, sagte der Ministerpräsident, dass die Position seines Landes unverändert bleibe. Nach seinen Worten bestehen die Gründe für Sanktionen, wie der Konflikt in der Ostukraine, noch immer. Deshalb würden die Sanktionen verlängert werden. „Es gibt nur einen einzigen Weg zur Abschaffung der Sanktionen. Das ist sehr einfach und sehr wichtig für uns und für das System der europäischen Sicherheit“.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_12/thumb_files/630_360_1575458313-354.jpeg

de.sputniknews.com: **Streit zwischen Moskau und Berlin: Was über getöteten Georgier bekannt ist**

Wegen des Vorfalls mit dem Mord an einem Georgier in Berlin hat das Bundesaußenamt zwei

Angestellte der russischen Botschaft zur „persona non grata“ erklärt. Sputnik hat zusammengefasst, was momentan über Khangoshvili, den getöteten tschetschenischen Terroristen mit der georgischen Staatsbürgerschaft, und seinen angeblichen Mörder bekannt ist.

Zelimkhan Khangoshvili:

- 40-jähriger ethnischer Tschetschene mit georgischer Staatsbürgerschaft;
- Kämpfte gegen Russland an der Seite der tschetschenischen Terroristen unter Führung der Islamisten Schamil Bassajew, Abu I-Walid und Aslan Maschadow;
- War Offizier in der georgischen Armee während ihrer Invasion in Südossetien 2008, wo er ebenfalls gegen Russland sowie gegen südossetische Freiwilligenverbände kämpfte;
- War Anhänger der islamistischen Terrororganisation „Kaukasus-Emirat“;
- Im Mai 2015 war auf ihn in der georgischen Hauptstadt Tiflis ein Mordanschlag verübt worden. Er wurde verletzt, überlebte jedoch;
- 2005 zog er aus Georgien über die Ukraine nach Deutschland um;
- In Deutschland lebte der Mann laut dem „Focus“ seit 2016, nachdem er hier einen Asylantrag gestellt hatte;
- Nach Angaben aus Sicherheitskreisen nutzte er zwei verschiedene Namen;
- Die Berliner Polizei soll ihn eine Zeit lang als „islamistischen Gefährder“ geführt haben;
- Er wurde am 23. August 2019 im Zentrum Berlins mit Schüssen in den Rücken und in den Kopf getötet;
- Die USA legen russischen Geheimdiensten den Mord zur Last;
- Deutsche Medien berichten ebenfalls über Russlands Verwicklung in den Mord;
- Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bestreitet jegliche Verbindung Russlands mit dem Mord;
- Russlands Außenministerium kritisierte das politisierte Herangehen an das Verbrechen und versprach Gegenmaßnahmen.

Was über den mutmaßlichen Mörder bekannt ist

Deutschen Medien zufolge hat die deutsche Polizei den 54-jährigen Wadim Sokolow, dessen echter Name Wadim Krassikow lautet, wegen des Mordverdachts an Khangoshvili festgenommen. Nach Angaben der Polizei schweigt er zu allen Vorwürfen. Er stand auf der internationalen Fahndungsliste wegen des Mordes an einem Unternehmer in Moskau. Später seien jedoch jegliche Angaben über ihn aus den Datenbanken des russischen Innenministeriums und der Interpol verschwunden, wie die russische Online-Zeitung „The Insider“, das Recherchenetzwerk Bellingcat und die Zeitschrift „Spiegel“ unter Berufung auf unbenannte Quellen berichten.

Nach den Angaben von Bellingcat ist der Verdächtige 54 Jahre alt, sein gefälschter Personalausweis auf den Namen Wadim Sokolow gibt dabei das Alter von 49 Jahren an.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32606/52/326065200.jpg>

Zelimkhan Khangoshvili zu den Zeiten des Tschetschenienkrieges, dieses Bild hat er selbst auf seiner Facebook-Seite publiziert. Es wurde aber nach seinem Tod gelöscht.

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte** festgestellt.

Die ukrainischen Truppen stationieren weiter Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Orten auf von ihnen kontrolliertem Territorium.

Im Gebiet von Popasnaja wurde die Stationierung von einem Schützenpanzer der 72. Brigade bemerkt.

Die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone verheimlichen weiter **Fälle der Verletzung der Disziplin und von Desertion**.

Nach Informationen unserer Quelle im Stab der 59. Panzergrenadierbrigade haben während einer Kontrolle durch eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ und Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes fünf zuvor verheimlichte Fälle von Desertion entdeckt, drei davon mit der Waffe. Der Aufenthaltsort der Deserteure ist bis jetzt unbekannt. Zu diesen Fällen laufen Ermittlungen. ...

In der 46. Brigade gehen Ermittlungsmaßnahmen weiter, um die Schuldigen am Verlust von Waffen und Munition zu ermitteln.

In Nishneteploje hat der SBU ein von Soldaten der Brigade organisiertes Netz von Waffen- und Munitionslieferungen an Vertreter nationalistischer Formationen über vorgeschobene Zivilisten entdeckt.

Von einer informierten Quelle in der 46. Brigade wurde uns bekannt, dass bei der Durchführung einer Untersuchung drei Soldaten festgenommen wurden, darunter der für die Bewaffnung zuständige stellvertretende Kommandeur eines Bataillons.

de.sputniknews.com: Putin: USA erachten Weltraum als Kriegsschauplatz

Nach Ansicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin betrachtet Washington den Weltraum als einen möglichen Kriegsschauplatz und plant dort Militäroperationen. Diese Meinung äußerte der Staatschef Russlands bei einer Besprechung am Mittwoch.

Putin verwies darauf, dass die führenden Länder der Welt derzeit aktiv moderne Raumfahrtsysteme für militärische und duale Zwecke entwickeln sowie die technischen Fähigkeiten der bereits vorhandenen Infrastruktur verbessern würden.

„Und die militärpolitische Führung der USA betrachtet den Weltraum offen als Einsatzgebiet“, sagte Putin bei einem Treffen zur Entwicklung der russischen Marine.

Ihm zufolge planen die Vereinigten Staaten militärische Operationen im Weltraum. „Um die strategische Überlegenheit in diesem Bereich aufrechtzuerhalten, beschleunigen die Vereinigten Staaten die Bildung von Raumfahrtkräften, die im Rahmen ihrer Aufgaben bereits operative Vorbereitungen treffen“, sagte der russische Staatschef.

Im Juni 2018 verkündete US-Präsident Donald Trump die Schaffung einer „Space Force“, das Pentagon musste damals ab sofort mit ihrer Bildung beginnen. Trump begründete den Schritt damit, dass die US-Präsenz im Weltraum angesichts der Verteidigung des Landes nicht ausreichend sei.

Im November 2019 erörterte Nato-Chef Jens Stoltenberg die Notwendigkeit, den Weltraum als Einsatzgebiet der Allianz neben Luft, Land, Meer und Cyber zu erkennen.

Dan-news.info: „Derzeit sind im Energiebereich der DVR etwa 1000 Stellen frei – es handelt sich um technische Berufe, Juristen, Buchhalter und andere“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Heute fand in der Donezker Technischen Nationaluniversität eine Stellenmesse für Studierende im Energiebereich und Absolventen statt, bei der die Energieunternehmen der Republik über freie Stellen informierten. Veranstalter waren das Kohle- und

Energieministerium sowie das Bildungsministerium der DVR.

de.sputniknews.com: **So kommentiert Merkel Ausweisung russischer Botschaftsmitarbeiter**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Ausweisung russischer Botschaftsmitarbeiter aus Deutschland kommentiert und dabei Moskau fehlende Unterstützung bei der Aufklärung des Mordes an einem Georgier vorgeworfen.

„In den bilateralen Beziehungen ist es natürlich schon ein Ereignis, dass wir eben von Russland leider keine aktive Hilfe bei der Aufklärung dieses Vorfalls bekommen haben“, sagte sie am Mittwoch am Rande des Nato-Gipfels in Watford.

Sie habe bei ihren bilateralen Treffen in Watford auch mit Verbündeten darüber gesprochen. Zuvor hatte das Auswärtige Amt die Ausweisung zweier russischer Diplomaten bekanntgegeben. Merkel begründete diesen Schritt mit der fehlenden Unterstützung bei der Aufklärung.

Auswirkungen auf den bevorstehenden Ukraine-Gipfel am kommenden Montag in Paris sieht die CDU-Politikerin aber nicht.

„Ich glaube nicht, dass dadurch das Normandie-Treffen belastet ist, hier geht es um die Ukraine.“

An dem ersten Gipfeltreffen zum Ukraine-Konflikt seit drei Jahren nehmen neben Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin der ukrainische Staatschef Wladimir Selenski und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron teil. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32606/57/326065761.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Turkish Stream: Rohr-Verlegung über Serbien wird in nächsten Wochen abgeschlossen – Putin**

Die Verlegung von Rohren der Gaspipeline Turkish Stream über das serbische Territorium wird laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in den nächsten Wochen beendet sein.

„Serbien hat sich an den Bau des Gastransportsystems angeschlossen, das eine landgestützte Fortsetzung der Gasleitung Turkish Stream in Südeuropa darstellt. Die Verlegung von Rohren über das serbische Territorium wird in den nächsten Wochen abgeschlossen sein“, sagte Putin am Mittwoch bei einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Verhandlungen mit seinem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić.

Putin zufolge ist eine Vereinbarung über die Erhöhung der Kapazität der in Serbien befindlichen unterirdischen Gasspeicher von 750 Millionen bis auf 2 Milliarden Kubikmeter

erzielt worden.

„Wir sind überzeugt, dass die Realisierung dieser umfassenden Energieprojekte helfen wird, die Energiesicherheit nicht nur Serbiens sondern auch der gesamten Balkan-Region und Europas im Ganzen merkbar zu festigen“, betonte der russische Staatschef.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32606/63/326066333.jpg>

Dan-news.info: „Für die Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ wurde begonnen, die Lohnrückstände zu tilgen: Es wurden 130 Mio. Rubel ausgezahlt“, teilte der Vorsitzende des Komitees des Volkssowjets für Außenpolitik, internationale Verbindung, Informationspolitik und Informationstechnologien Wladislaw Berditschewskij mit.

Bis Ende dieses Jahres sollen weitere 240 Mio. ausgezahlt werden.

Es handelt sich um die Schulden Kiews gegenüber den Mitarbeitern in einer Gesamthöhe von 300 Mio. Rubel.

Das Unternehmen befindet sich in einem kritischen Zustand. Seit 2018 erhalten die Mitarbeiter des Unternehmens auf Anweisung aus Kiew keine Löhne. Mit der Situation befasst sich die ökonomische Untergruppe in Minsk.